

FEMINA POLITICA

ZEITSCHRIFT FÜR FEMINISTISCHE POLITIKWISSENSCHAFT

Call for Papers

Heft 2/2016

20 Jahre Vertrag von Amsterdam – europäische Gleichstellungspolitik revisited (Arbeitstitel)

Das Jahr 2017 markiert das 20-jährige Jubiläum des Amsterdamer Vertrages und damit auch der supranationalen Verankerung von Gleichstellungspolitik als Querschnittsziel (Gender Mainstreaming) und von Anti-Diskriminierung auf Grund verschiedener Kategorien. 20 Jahre nach Vertragsunterzeichnung hat sich ein supranationales europäisches Gender Regime herausgebildet, das weit über die ursprüngliche Begrenzung auf Beschäftigungspolitik hinausgeht und Politikthemen wie etwa Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen, Gender-Perspektiven in der Forschungspolitik, gleiche Repräsentation von Frauen in den EU-Institutionen, Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder auch Verhinderung multipler Diskriminierung umfasst.

Anlässlich dieses Jubiläums soll das Schwerpunktheft die Funktion supranationaler Regelungen für Gleichstellungspolitik angesichts der ökonomischen, fiskalischen und demokratischen Krise der EU reflektieren. Dabei soll der Blick zum einen auf institutionalisierte politische Strategien wie Gender Mainstreaming oder Anti-Diskriminierung sowie auf gleichstellungspolitische Ansätze zivilgesellschaftlicher Bewegungen gerichtet werden. Zum anderen soll der Bedeutung supranationaler Gleichstellungspolitik in verschiedenen Politikfeldern sowie auf den verschiedenen Ebenen europäischen Regierens nachgespürt werden. Das Heft möchte damit bilanzieren, wo die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten hinsichtlich Geschlechtergleichstellung und Anti-Diskriminierung 20 Jahre nach Amsterdam stehen und welche Perspektiven sich für die Zukunft ergeben. Konkret laden wir zu Beiträgen ein, die die nachfolgenden Themenkomplexe berühren:

Geschichte(n) des Gender Mainstreaming

Mit Blick auf die Geschichte(n) von Gender Mainstreaming gibt es unterschiedliche Lesarten. Die häufigste zeichnet den Weg als ursprünglich aus der internationalen Entwicklungspolitik stammende Strategie nach, die 1995 in der Aktionsplattform der

Femina Politica

Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft
Verlag Barbara Budrich
redaktion@femina-politica.de

www.femina-politica.de
<https://www.facebook.com/FeminaPolitica>
<http://www.budrich-journals.de/index.php/feminapolitica>

Pekinger Weltfrauenkonferenz international als vielversprechende gleichstellungspolitische Strategie verabschiedet wurde. Die Europäische Union und ihre damaligen Mitgliedsstaaten unterstützten diese Strategie nachdrücklich und auf EU-Ebene konnte schließlich eine konzertierte Aktion von Frauenorganisationen und Parlamentarierinnen die Aufnahme in den Vertrag von Amsterdam erreichen. Bezogen auf die Geschichte(n) des Gender Mainstreaming interessieren uns folgende Fragen:

- Was ist geblieben von den vertraglichen Grundlagen Amsterdams in den aktuellen EU-Verträgen und wie ist aus heutiger Sicht die Geschichte der Strategie auf supranationaler Ebene zu beurteilen?
- Mit Gender Mainstreaming verfolgte die EU Mitte der 1990er-Jahre auch den Anspruch, den negativen neoliberalen Effekten des gemeinsamen Marktes und der dadurch verursachten Legitimitätskrise durch die Stärkung der sozialen Dimension entgegenzuwirken. Im Zuge der heutigen Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise und dem Erstarren von Austeritätspolitiken wird diese soziale Dimension jedoch massiv in Frage gestellt. Wie sind vor diesem Hintergrund Bedeutung und Reichweite von Gender Mainstreaming zu beurteilen?
- Welche Gleichstellungsstrategien verfolgen die verschiedenen supranationalen Institutionen und wie verstärken oder behindern sie sich gegenseitig? Unter welchen Bedingungen passen sie mit mitgliedstaatlichen Strategien auf verschiedenen Ebenen – supranational, national, regional, lokal – zusammen?
- Gibt es neue supranationale Bündnisse und Strategien für (intersektionale) Gleichstellungspolitik und inwieweit knüpfen sie an Gender Mainstreaming an bzw. setzen sich kritisch davon ab?

Gender Mainstreaming, Anti-Diskriminierung und weitere Gleichstellungsstrategien

In der Forschung lassen sich verschiedene Phasen der Auseinandersetzung mit Gender Mainstreaming feststellen. Zu Beginn ging es häufig um das Verhältnis von Gender Mainstreaming zu vorherigen oder anderen Gleichstellungsstrategien, um die ‚korrekte‘ Implementierung, um den Bezug zu Erkenntnissen der Frauen- und Geschlechterforschung sowie den transformativen Anspruch. Nach den ersten Implementierungsversuchen verlagerte sich das Interesse eher darauf, die Umsetzung und die Ergebnisse zu evaluieren, Erfahrungen zwischen Themenbereichen und Institutionen zu transferieren und das konkrete Transformationspotenzial zu überprüfen. Antidiskriminierungspolitik hingegen fand erst über Rassismusbekämpfung und als Antwort auf rechtsnationale Politikerfolge à la Jörg Haider in den 1990er-Jahren die Anerkennung als EU-Politik. Der entsprechende Vertragsartikel deckte schließlich neben Geschlecht, ‚Rasse‘ und ethnische Herkunft auch Religion/Weltanschauung, Behinderung/Beeinträchtigung, Alter und sexuelle Orientierung ab. Die Frage, welche Diskriminierungsverhältnisse überhaupt in welchem Gesellschaftsbereich bestehen und ob die EU über ihre Richtlinien eine Art Diskriminierungshierarchie kreiert, bestimmte hier die Debatte. Mögliche Fragen in diesem Bereich könnten sein:

- Unter welchen Bedingungen können Diskriminierungshierarchien in verschiedenen Politikfeldern bei der Umsetzung von Gender Mainstreaming, Anti-Diskriminierung und weiteren Gleichstellungsstrategien vermieden werden?
- Wie wird EU-Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik in Mitgliedsstaaten konkret umgesetzt und entstehen bei dieser ‚Übersetzung‘ von supranationaler Politik in (nationale, regionale, lokale) Politiken Diskriminierungshierarchien?

- Inwiefern spielt Intersektionalität in supranationaler Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik eine Rolle? Wie lässt sich die Bedeutung bzw. die Nicht-Beachtung erklären?

Gleichstellungspolitische Strategien jenseits des Mainstream

Gender Mainstreaming hat seit seiner institutionellen Verankerung auch viel Kritik hervorgerufen. Diese richtete sich nicht nur gegen die Sperrigkeit des Begriffs und seine einerseits stark formalisierte, andererseits relativ unspezifische Umsetzung, sondern auch gegen die damit in der Regel verbundene Festschreibung von Zweigeschlechtlichkeit und die Homogenisierung und tendenzielle Stereotypisierung von ‚Frauen‘ und ‚Männern‘. Darüber hinaus wird problematisiert, dass die Umsetzung von Gender Mainstreaming in erster Linie in der öffentlichen Verwaltung erfolgt und überwiegend von sog. Gender-Expert*innen durchgeführt wird. Hinsichtlich Antidiskriminierung stellt sich wiederum die Frage, ob auf Intersektionalität oder multiple Diskriminierung abgezielt wird. In diesem Zusammenhang interessieren uns Beiträge zu den folgenden Fragen:

- Ist Gender Mainstreaming tot und wenn ja, ist das gut so? Gibt es vielversprechendere Alternativen?
- Wie sieht eine zeitgemäße Gleichstellungspolitik aus, die Gleichheit, Differenz und Dekonstruktion miteinander verknüpft?
- Wie lässt sich Intersektionalität konzeptionell in Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik denken und welche Konsequenzen ergeben sich dadurch für institutionelle oder zivilgesellschaftliche Arbeit?
- Wie wird mit den gegensätzlichen Logiken von EU-Austeritätspolitik und Gleichstellungspolitiken umgegangen?

Für das Schwerpunktheft sind theoretische oder theoriegeleitete empirische Beiträge willkommen. Beiträge, die sich eher mit aktuellen politisch-praktischen Fragen auseinandersetzen, können nach Rücksprache mit den Schwerpunktverantwortlichen ggf. für die Rubrik Tagespolitik eingereicht werden.

Abstracts und Kontakt

Der Schwerpunkt wird inhaltlich von Petra Ahrens, Alexandra Scheele und Gastherausgeberin Anna van der Vleuten betreut. Wir bitten um ein- bis zweiseitige Abstracts (per E-Mail) bis zum **15. Oktober 2015** an petra.ahrens@sowi.hu-berlin.de oder an scheele-baer@b-tu.de. Die Femina Politica versteht sich als feministische Fachzeitschrift und fördert wissenschaftliche Arbeiten von Frauen in und außerhalb der Hochschule. Deshalb werden inhaltlich qualifizierte Abstracts von Frauen bevorzugt.

Abgabetermin der Beiträge

Die Schwerpunktverantwortlichen laden auf der Basis der eingereichten Abstracts bis zum **31. Oktober 2015** zur Einreichung von Beiträgen ein. Der Abgabetermin für die fertigen, anonymisierten Beiträge im Umfang von 35.000 bis max. 40.000 Zeichen (inkl. Leerzeichen, Fußnoten und Literatur) ist der **29. Februar 2016**. Die Angaben zu

den Autor_innen dürfen ausschließlich auf dem Titelblatt erfolgen. Alle Manuskripte unterliegen einem Double Blind Peer Review-Verfahren. Pro Beitrag gibt es ein externes Gutachten (Double Blind) und ein internes Gutachten durch ein Redaktionsmitglied. Ggf. kann ein drittes Gutachten eingeholt werden. Die Rückmeldung der Gutachten erfolgt bis spätestens **15. Mai 2016**. Die endgültige Entscheidung über die Veröffentlichung des Beitrags wird durch die Redaktion auf Basis der Gutachten getroffen.

Offene Rubrik Forum

Neben dem Schwerpunktthema bietet die Rubrik Forum die Gelegenheit zur Publikation von Originalmanuskripten aus dem Bereich geschlechtersensibler Politikwissenschaft (Beiträge im Umfang von 20.00 bis max. 25.000 Zeichen), die zentrale Forschungsergebnisse zugänglich machen oder wissenschaftliche Kontroversen anstoßen. Vorschläge in Form von ein- bis zweiseitigen Abstracts erbitten wir an die Redaktionsadresse redaktion@femina-politica.de. Die endgültige Entscheidung wird auf der Basis des Gesamttextes getroffen.

Femina Politica

<http://www.femina-politica.de>

<http://www.budrich-journals.de/index.php/feminapolitica>

<https://de-de.facebook.com/FeminaPolitica>

Kontakt: redaktion@femina-politica.de